



Federica Mogherini

Wir müssen zusammenstehen –
die Europäische Union in schwierigen Zeiten
*United We Must Stand –
the European Union in Testing Times*

WillyWilly
BrandtBrandt
VorlesungLecture
2016

HERAUSGEBERIN

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand

PROF. DR. ULRICH SCHÖLER (*Vorsitzender*)

PROF. DR. DIETER DOWE

PROF. DR. AXEL SCHILDT

REDAKTION

DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT (*Geschäftsführer*)

JULIA HORNIG M.A.

Übersetzung: DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT

Forum Willy Brandt Berlin
Unter den Linden 62–68
D-10117 Berlin
www.willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck
Königstraße 21
D-23552 Lübeck

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung wird aus dem Bundeshaushalt finanziert und unterliegt der Rechtsaufsicht der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

GESTALTUNG

Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK

Hans Giesemann Druck und Medienhaus, Nuthetal

© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d. ö. R.
Printed in Germany 2017
ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-31-7

Federica Mogherini

Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten

United We Must Stand –
the European Union in Testing Times

Willy Brandt Lecture 2016 am 7. Dezember 2016
im Allianz Forum am Pariser Platz, Berlin

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 32

Die Willy Brandt Lecture ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und der Humboldt-Universität zu Berlin. Einmal im Jahr wird eine herausragende Persönlichkeit von internationalem Renommee aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Kultur dazu eingeladen, an der Humboldt-Universität einen Vortrag zu halten und dabei – unter Bezugnahme auf das Erbe Willy Brandts – Themen der Zeitgeschichte und Politik aufzugreifen, die für unsere Gegenwart und Zukunft wie für das Verständnis unserer Vergangenheit von zentraler Bedeutung sind.

INHALT

Willy Brandt – Stationen seines Lebens	6
Prof. Dr. Peter A. Frensch Grußwort des Vizepräsidenten für Forschung der Humboldt-Universität zu Berlin	8
Dr. h.c. Wolfgang Thierse Einführung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung	11
Willy Brandt Lecture 2016 Federica Mogherini Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten	16
Federica Mogherini United We Must Stand – the European Union in Testing Times <i>Original version</i>	33

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933–1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945–1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949–1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950–1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955–1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957–1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964–1987	Vorsitzender der SPD
1966–1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969–1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969–1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976–1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977–1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979–1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987–1992	Ehenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

PROF. DR. PETER A. FRENSCH

Grußwort des Vizepräsidenten für Forschung der Humboldt-Universität zu Berlin

Sehr geehrte Hohe Vertreterin der Europäischen Union
für Außen- und Sicherheitspolitik
und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission,
sehr geehrte Frau Mogherini,
sehr geehrter Herr Dr. Thierse,
verehrte Damen und Herren,
liebe Studierende,

als Vizepräsident für Forschung der Humboldt-Universität zu Berlin freue ich mich sehr, Sie zur nunmehr achten Willy Brandt Lecture begrüßen zu dürfen. Ich tue dies in Stellvertretung der Präsidentin der Humboldt-Universität, Frau Professor Kunst, die sehr bedauert, heute Abend nicht hier sein zu können.

Mit Federica Mogherini, der Hohen Beauftragten der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, ist es der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung geglückt, auch in diesem Jahr wieder eine herausragende Persönlichkeit für die Lecture zu gewinnen.

Der Titel der heutigen Lecture lautet „Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten“. Leider ist dieses Thema aktueller denn je.

Junge Europäer der Generation der heute hier anwesenden Studierenden können sich vermutlich eine Welt ohne ein vereintes Europa nicht mehr vorstellen. Sie sind groß geworden in einer Zeit des Friedens und der offenen Grenzen, der gemeinsamen Währung, der absoluten Reisefreiheit und der bis dato von keiner Generation vor ihnen gekannten Möglichkeiten. Die Welt steht den jungen Menschen offen, Europa steht ihnen offen. Für einige Semester in einem anderen Land studieren? Kein Problem. Und auch Studierenden aus anderen Ländern an der Heimatuniversität zu begegnen ist mittlerweile selbstverständlich. Mehr als 5.000 internationale Studenten, das sind etwa 15 Prozent der Studenten der Humboldt-Universität, lernen und forschen bei uns. Gleichzeitig gehen über 1.000 Studierende jedes Semester zum Studium ins Ausland und knüpfen dort internationale Kontakte.

In dieser globalisierten Welt ist es scheinbar eine Selbstverständlichkeit, Menschen anderer Nationen offen gegenüber zu stehen und mit diesen friedlich Seite an Seite zu leben. Jedoch warnen uns die Geschehnisse der vergangenen Wochen und Monate davor, diese Selbstverständlichkeit auf die leichte Schulter zu nehmen. Eine Europa-feindliche Stimmung findet überall dort ihre Anhänger, wo man die Menschen mit ihren Ängsten und Zweifeln alleine lässt. Dass die rechtspopulistische Organisation Pegida seit nunmehr zwei Jahren gegen eine von ihr behauptete Islamisierung sowie die Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschlands und Europas protestiert und dazu regelmäßig hunderte, ja tausende Menschen auf die Straßen bringt, ist beängstigend. Die erschreckend hohen Wahlergebnisse der erst 2013 gegründeten AfD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, aber auch hier in Berlin müssen ein Weckruf für uns alle sein.

Aber auch in anderen Ländern erstarken rechtspopulistische Tendenzen. Mit Sorge schauen wir auf unser Nachbarland Frankreich, wo im nächsten Jahr die Präsidentschaftswahl stattfindet, oder auf das bevorstehende Referendum in Italien, das die Volksabstimmung inoffiziell an eine Vertrauensfrage gegenüber der bestehenden Regierung und somit auch gegenüber der Europäischen Union knüpft. Und auch der Blick über den Atlantik zum wohl wichtigsten Partner Deutschlands und der Europäischen Union, den USA, zeigt, dass mit der dort erst kürzlich stattgefundenen Präsidentschaftswahl schwierige Zeiten auf diese enge und unabdingbare Beziehung zukommen könnten.

Wer an eine geeinte Europäische Union glaubt, muss stark sein. Wohl kaum einer hätte vor fünf Jahren vorhergesagt, dass Großbritannien tatsächlich für einen Austritt aus der EU stimmen würde. Das diesjährige Referendum und der damit beschlossene Brexit ist heute leider Realität. Ungeachtet dessen, dass knapp die Hälfte der Wähler (48,1 Prozent) für einen Verbleib in der Europäischen Union stimmte, überwogen die skeptischen und oft auch populistischen Stimmen.

Was bedeutet dieses Ergebnis für das Verhältnis der Europäischen Union zu den Briten? Vor allem die Handelsbeziehungen und die Bildungspartnerschaften äußerten sich sofort alarmiert. Die Humboldt-Universität beispielsweise pflegt enge partnerschaftliche Beziehungen zu einer Vielzahl britischer Universitäten. Ein gemeinsames Doktorandenprogramm mit dem King's College London, um nur eine der vielfältigen Verflechtungen zu erwähnen, ist seit vielen Jahren erfolgreich und sehr beliebt. Nach dem Referendum wurde das International Office der Humboldt-Universität von unseren Partnern am King's College wie

auch von anderen mit der Versicherung angeschrieben, die Zusammenarbeit in jedem Fall fortsetzen zu wollen. Selbstverständlich war die Antwort auf unserer Seite ebenso eine Versicherung der weiteren Zusammenarbeit.

Dass die Hochschulen eine besondere Rolle in den schwierigen Zeiten der allgemeinen Unsicherheit einnehmen müssen und dies auch tun, zeigt u.a. der Umgang mit der Flüchtlingskrise, die der Krieg in Syrien mit sich gebracht hat. Denn nicht nur zahlreiche kleine und große Organisationen und engagierte Privatpersonen helfen hier in Deutschland auf freiwilliger Basis den zu uns geflüchteten Menschen. Auch die Universitäten haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Geflüchteten Zugang zu Bildung zu verschaffen.

So wurde im Sommer dieses Jahres eine Stellungnahme der Berliner Hochschulen zu den Besorgnis erregenden Vorgängen an den türkischen Hochschulen veröffentlicht, in der sich die Landesrektorenkonferenz dem Protest der Hochschulrektorenkonferenz sowie der European University Association mit großem Nachdruck anschließt.

Den Worten folgten aber dann auch Taten im Einsatz für die Unabhängigkeit der Wissenschaft. So nahm die Humboldt-Universität schon im Sommer diesen Jahres zwei geflüchtete Wissenschaftler aus Aleppo und aus Istanbul auf.

Es ist also an den Bildungseinrichtungen und der meinungsbildenden Öffentlichkeit, dem Rechtspopulismus, der postfaktischen Rhetorik sowie den separatistischen Tendenzen, die die Europäische Union und unsere Werte erschüttern wollen, etwas entgegenzusetzen. Die Lösung ist sicher keine einfache. Sie ist vielschichtig und gleichzeitig individuell. Offenheit, ein kritisches Bewusstsein unserer selbst sowie freie und kritische Medien und vor allem Bildung sind die Grundlage für das weitere Bestehen der Europäischen Union, wie wir sie kennen, schätzen und aufrechterhalten wollen.

Und so ist Frau Mogherinis heutige Lecture mit dem Titel „Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten“ wohl auch eine Erinnerung daran, wer wir als Europäer sind und woran wir glauben, in guten wie in schlechten Zeiten.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und ganz besonders bei Herrn Dr. Hoppenstedt und seinem Team, die die Lecture dieses Mal wie auch in den vergangenen Jahren mit besonderem Engagement organisiert haben.

Und nun wünsche ich uns allen einen anregenden und spannenden Abend.
Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

DR. H.C. WOLFGANG THIERSE

*Einführung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums der
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung*

Sehr geehrte Hohe Vertreterin und
Vizepräsidentin der Europäischen Kommission!
Sehr verehrte Frau Mogherini!
Exzellenzen!
Sehr geehrter Herr Professor Frensch!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In meiner Eigenschaft als Kuratoriumsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte auch ich Sie sehr herzlich zur Willy Brandt Lecture 2016 willkommen heißen.

Ich danke Ihnen, Herr Professor Frensch, für Ihre freundlichen Worte der Begrüßung. Ich begrüße die vielen Vertreter des Diplomatischen Korps, Botschafter aus EU-Staaten oder aus Ländern, die noch Mitglied der Union werden wollen – wie auch Vertreter aus weiteren angrenzenden Staaten.

Einen freundlichen Gruß erbiere ich auch unseren Gästen, die nicht hier im Saal sind, sondern gleich nebenan – in der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Da sich für heute Abend bedeutend mehr Gäste angemeldet haben, als das Allianz Forum überhaupt fassen kann, hat die EU-Kommission dankenswerterweise eine Live-Übertragung in das „Europäische Haus“ eingerichtet, die auch ins Internet geht.

Das ist übrigens das erste Mal, dass eine Willy Brandt Lecture live im Internet verfolgt werden kann!

Und noch etwas fällt Ihnen allen heute Abend sicher auf:
So viele junge Menschen im Auditorium!

Unter den jungen Gästen finden sich nicht nur Studierende der Humboldt-Universität und auch der Freien Universität. Insgesamt 23 Berliner und Brandenburger Gymnasien sind unserem Aufruf, mit ihren Schülerinnen und Schülern die mit Spannung erwartete Europa-Rede der Hohen Vertreterin heute Abend hier zu hören, gefolgt – und damit der Möglichkeit, europäische Politik einmal „hautnah“ zu erleben! Das sind die Abiturienten-Jahrgänge 2017 und 2018, einige von ihnen



werden vielleicht einmal Studierende der Humboldt-Universität sein.

Die Willy Brandt Lecture ist jedes Jahr für uns natürlich ein ganz besonderer Anlass, an den Namenspatron unserer Bundesstiftung zu erinnern.

Der Zufall wollte es, dass die diesjährige Lecture auf einen historischen Jahrestag fällt: Heute vor 46 Jahren – am 7. Dezember 1970 – kniete Willy Brandt vor dem Mahnmal für die ermordeten Juden des Warschauer Ghettos nieder. Der Kniefall von Warschau war eine unvergleichliche Geste der Demut und des Respekts vor den Opfern deutscher Schuld. Ein symbolischer Schritt hin zu Annäherung und Verständigung, der nicht nur in Polen Beachtung fand, sondern weit darüber hinaus in ganz Europa. Genau ein Jahr später wurde der erste sozialdemokratische Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland auch für diese Geste und vor allem für seine Neue Ostpolitik mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Ich bin fest davon überzeugt, meine Damen und Herren:

Es war am Ende diese Brandt'sche Politik der Aussöhnung und der Verständigung, die auf lange Sicht das Vertrauen bei all unseren Nachbarn in uns Deutsche als eine friedliebende Nation gestärkt und die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf lange Sicht überhaupt erst möglich gemacht hat.

Heute leben wir in einem wiedervereinigten Deutschland in einem vereinten Europa. Und das ist alles andere als selbstverständlich.

Willy Brandt sprach am Tag nach dem Fall der Berliner Mauer vor 27 Jahren die berühmt gewordenen Worte, die gleichsam zum Motto des innerdeutschen Einigungsprozesses geworden sind: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Er bezog diesen Satz nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf Europa.

Und genau das ist es!

In diesem Zitat spiegelt sich der Kern des politischen Denkens wider, das Willy Brandt seit seiner Exilzeit in Norwegen und Schweden, seit den düsteren Jahren des Zweiten Weltkriegs, geprägt hat: Nur ein geeintes, immer stärker zusammenwachsendes Europa aus freien, gleichberechtigten Völkern kann Frieden in Zukunft sichern! Und dieses Vereinte Europa sollte nach Brandts Vorstellungen eben nicht am Eisernen Vorhang, der Ost und West trennte, halt machen, sondern unsere Nachbarn im Osten und Südosten einschließen.

Im Europäischen Einigungsprojekt, verbunden mit einer engen Sicherheitspartnerschaft zu den USA, sah Willy Brandt das wichtigste und zugleich erfolgversprechende Friedensprojekt der Nachkriegszeit, das das Wohlergehen der Völker auf unserem Kontinent sichern sollte.

Wer Willy Brandts außenpolitisches Lebenswerk auf seine Neue Ostpolitik

beschränken will, sieht nur eine Seite der Medaille. Denn: Beinahe drei Jahrzehnte wirkte der überzeugte Europäer und Staatsmann für eine Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft! Kaum zum Bundeskanzler gewählt, erreichte Willy Brandt auf dem EWG-Gipfel im Dezember 1969 in Den Haag, gemeinsam mit dem neuen französischen Präsidenten Georges Pompidou, ganz wesentliche Initiativen für einen europäischen Neuanfang: hin zur Erweiterung der Gemeinschaft und für eine stärkere wirtschaftliche und auch schon außenpolitische Zusammenarbeit. Das Fernziel war eine Wirtschafts- und Währungsunion, am Ende dann eine Politische Union, auch wenn es bis dorthin, wie allen Beteiligten damals klar gewesen ist, noch ein langer und mühseliger Weg sein würde.

Ich denke, es steht uns gut an, aus Anlass der heutigen Lecture daran zu erinnern, dass es ganz wesentlich Bundeskanzler Willy Brandt war, der den Beitritt Großbritanniens 1973 zur Europäischen Gemeinschaft geobnet hat.

Als der deutsche Patriot, überzeugte Europäer und vielleicht letzte große Internationalist unserer Zeit starb, vor nunmehr bald 25 Jahren, war er voller Zuversicht, was die Zukunft unseres Vereinten Europa betraf. Die Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages im Februar 1992 hat Willy Brandt noch miterlebt. Die dann geradezu atemberaubende Ausdehnung der Gemeinschaft – 16 neue Mitgliedsländer zwischen 1995 und 2013 – hat sich damals niemand vorstellen können. Wir wissen auch nicht, ob Willy Brandt in dieser Hinsicht eher zu einer „Entschleunigung“ geraten und vielleicht zunächst eine Vertiefung der Integration empfohlen hätte.

Ganz sicher können wir uns jedoch darüber sein: Der gegenwärtige Zustand des Vereinten Europa würde Willy Brandt mit blankem Entsetzen erfüllen! Und damit meine ich bei Weitem nicht nur die Entscheidung der Briten zum Ausstieg aus der EU!

Das Vereinte Europa steckt, wie uns allen bewusst ist, in einer tiefen Krise – sogar in der tiefsten Krise seiner Geschichte.

Was 2009 mit einer Staatsschuldenkrise begann, hat sich sehr bald zu einer schweren Wirtschaftskrise ausgeweitet, die eine Reihe von Partnerländern der Union bis heute im Griff hält.

Die Flüchtlingskrise, die nicht erst im Sommer 2015 begann und die innerhalb der Gemeinschaft schon viel früher ein deutliches Zeichen der Solidarität erfordert hätte – auch von Deutschland aus –, hat uns schmerzlich daran erinnert, dass Europa nicht isoliert in der Welt dasteht und auch nicht dastehen kann. Europa

muss handeln – muss gemeinsam handeln –, wenn Gutes in unserer Nachbarschaft bewirkt werden soll.

Zugleich sieht sich die Union mit neuen Bedrohungen von außen wie von innen konfrontiert. Dass die Grenzen in Europa, innerhalb wie außerhalb der EU, unverletzlich sind – festgeschrieben 1990 in der Charta von Paris, die offiziell das Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West besiegeln sollte –, ist längst nicht mehr so sicher. Und zur gleichen Zeit ist klar, dass das Vereinte Europa – eine Folge des Ausgangs der amerikanischen Präsidentschaftswahlen – künftig gefordert ist, mehr Eigenverantwortung für seine Sicherheit zu übernehmen.

Wenn wir unseren Blick nach innen richten, erkennen wir mit großer Sorge Kräfte, die nicht nur unsere unverzichtbaren gemeinsamen Werte Demokratie, Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit infrage stellen, sondern das Europäische Einigungsprojekt insgesamt!

Die Europäische Union steht in der Tat also in „testing times“ – wie es unser heutiger Ehrengast in den Titel ihres Vortrags geschrieben hat.

Sehr geehrte Frau Mogherini!

Es ist eine uns eine hohe Ehre, dass Sie heute extra zu uns nach Berlin gekommen sind, um die Willy Brandt Lecture 2016 zu halten.

Auf Ihren Schultern als Hoher Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik lastet derzeit eine ungeheure Last und Verantwortung! Seit über zwei Jahren stehen Sie in einem ständigen Kriseneinsatz. Und wer sich einmal vor Augen hält, wie schwer oft schon die Interessen innerhalb einer Koalitionsregierung miteinander in Einklang zu bringen sind, der kann vielleicht erahnen, vor welchen Herausforderungen Sie in Ihrem verantwortungsvollen Amt bei der regelmäßigen Abstimmung der Interessen von 28 EU-Mitgliedsländern stehen.

Um Europa zu stärken und wieder voranzubringen, bedarf es Einigkeit nach innen und einer gemeinsamen Stimme nach außen!

Dass es überhaupt die Chance zu einer gemeinsamen Stimme gibt, zumindest im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, dafür sind Sie eine Garantin!

Viele Fragen gibt es also, wie es mit dem Europäischen Einigungsprojekt weitergehen kann und sollte.

Sehr geehrte Frau Mogherini!

Mit großer Freude und Spannung erwarten wir nun Ihre Willy Brandt Lecture 2016 zum Thema

„United We Must Stand – the European Union in Testing Times“.

Ich danke Ihnen!

WILLY BRANDT LECTURE 2016

FEDERICA MOGHERINI

WIR MÜSSEN ZUSAMMENSTEHEN – DIE EUROPÄISCHE UNION IN SCHWIERIGEN ZEITEN*

Es ist mir wahrhaftig eine große Ehre, hier bei Ihnen zu sein. Sie können sich nicht vorstellen, wie bewegend es für mich ist, heute die Willy Brandt Lecture 2016 halten zu dürfen – auf Einladung der Humboldt-Universität zu Berlin, einer der angesehensten Universitäten weltweit, und der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

Demütig und bescheiden trete ich in die Fußstapfen meines Freundes Jan Eliasson, stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, meines Mentors Giorgio Napolitano – dieses großen italienischen Staatspräsidenten, überzeugten Europäers und Freundes von Deutschland – sowie all der anderen Männer, die vor mir eine Willy Brandt Lecture gehalten haben. Und ich betone ausdrücklich *Männer*, weil ich sehe, dass ich die erste Frau bin, der diese Ehre zuteil wird. Ich möchte Ihnen für die Einladung danken und zugleich meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass die heutige Veranstaltung vielen weiteren Frauen den Weg ebnet wird.

In einer der früheren Lectures charakterisierte der Friedensnobelpreisträger Mohammed ElBaradei Willy Brandt als einen Mann von „Vision und Realismus“. Diese beiden Begriffe kommen oft zusammen, wenn wir über die frühere Generation politischer Führungskräfte in Europa sprechen. Heute Abend will ich ausführlicher über diese beiden Qualitäten sprechen – über Vision und Realismus – und warum sie so unglaublich wichtig für unser heutiges Europa sind. Erst heute hat Papst Franziskus in einer Rede daran erinnert, dass unser Kontinent starker, visionärer Führungskraft bedarf.

Doch zunächst möchte ich einige Worte zu dem Ort sagen, an dem wir uns hier befinden. Dieser Ort mag für Sie ein ganz gewöhnlicher sein, für mich ist er das nicht. So nahe dem Brandenburger Tor zu sein, und das auch noch auf dieser, der östlichen Seite, gibt mir ein ganz besonderes Gefühl. Angehörige meiner Generation können sich kaum noch vorstellen, dass noch vor gut 25 Jahren die einzigen

* Es gilt das gesprochene Wort.

Menschen, die sich über diesen Platz bewegten, militärische Grenzpatrouillen waren. Ich könnte mir vorstellen, dass die vielen jungen Menschen hier im Saal dieses Gefühl teilen. Durch das Herz Europas verlief eine Mauer, und das liegt alles gar nicht so lange zurück.

Ich habe jedoch den Eindruck, dass die meisten Europäer dies zu vergessen scheinen. Gewiss nicht die Berliner, und sehr wahrscheinlich auch nicht die Mehrheit der Deutschen – aber ich denke schon, die Mehrheit der Europäer. Die Erinnerung an die Mauer und die Teilung Europas beginnt zu verblassen. In Vergessenheit geraten die Geschichten der Menschen, denen es gelang, aus der DDR zu fliehen. Die Menschen beginnen zu vergessen, dass es eine Zeit gab, in der man ganz reale Angst vor einem neuen Krieg in Europa hatte. Und das liegt erst wenige Jahrzehnte zurück.

Im November 1989 war ich 16 Jahre alt. Ich besuchte das Gymnasium und war mehr oder weniger in einem Alter, in dem man beginnt, die Welt mit neuen Augen zu betrachten, und auch erstmals versucht, Politik zu verstehen – wobei Politik in Italien nicht so ganz leicht zu verstehen ist. In diesem Alter beginnt man sich zu fragen, was in der Welt um einen herum passiert. Das war eine Zeit, in der ich auch begann, Europa zu verstehen – und sie fiel zusammen mit dem Fall der Berliner Mauer. Die Spaltung eines Kontinents, eines Landes und einer Stadt wurde überwunden. Am Ende stand ein freies und wiedervereinigtes Deutschland.

Ich kann mich noch sehr gut an den 9. November 1989 erinnern. Es war der Tag, an dem ich mich erstmals wirklich als *Europäerin* fühlte. Nur wenige Jahre später hörten wir erstmals den Namen „Europäische Union“. Für meine Generation ist die Europäische Union ein „offenes Brandenburger Tor“. Die EU steht für ein Ende der internen Grenzkontrollen ebenso wie für das Erasmus-Programm. Sie steht für ein wiedervereinigtes Deutschland, den Einheitlichen Markt, für Freiheit vor Angst und vor einem neuen Krieg. Für meine Generation ist mit der Europäischen Einheit, unserer Union, der Traum von Frieden und Freiheit wahr geworden. Ja, man kann sagen, dass meine Generation im *Luxus* der Europäischen Union leben darf.

Heute ist die Europäische Integration für uns unverzichtbarer geworden. Im Titel meiner Lecture heißt es: „Wir müssen zusammenstehen.“ Die Veränderungen, die wir im letzten Vierteljahrhundert erlebt haben, können fast ein wenig beunruhigen. 1989, und die 1990er Jahre hindurch, war Europa beinahe so etwas wie ein Luxustraum: freier Personenverkehr, Freundschaft und Verständigung zwischen den Völkern und Offenheit gegenüber der ganzen Welt. Heute ist dies alles absolut notwendig.

Heute können wir uns einen Krieg auf unserem Kontinent nicht einmal mehr vorstellen. Das war längst nicht immer so. Gehen wir nur einen kleinen Schritt in der Geschichte zurück: 1971, zwei Jahre vor meiner Geburt, wurde Willy Brandt in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. In seiner Dankesrede bezeichnete der deutsche Bundeskanzler das Europäische Einigungsprojekt als unverzichtbar; Brandt betonte das damals schon. Es ist denkbar, dass die Krise, die wir derzeit empfinden, gar nicht so neu ist. Willy Brandt machte in seiner Rede zwei Voraussagen: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft werde in etwas Größerem aufgehen, und eines Tages würde eine wirkliche Union in der Lage sein, auf der ganzen Welt Verantwortung zu tragen.

Als er seine zweite Voraussage machte, entschuldigte sich Brandt fast bei seinem Publikum, weil diese Idee so traumhaft, wenn nicht unerfüllbar klang. Was Willy Brandt vor Augen hatte, war eine Europäische Friedensunion für den gesamten Kontinent. Das war im Jahr 1971. Europa befand sich mitten im Kalten Krieg und war geteilt, Deutschland war geteilt, wie auch Berlin.

Für einen politischen Visionär wie Willy Brandt war die Europäische Union immer ein Friedensprojekt. Und man musste wirklich ein Visionär sein, um sich 1971 einen umfassenden Frieden in Europa vorstellen zu können.

Das liegt nur 40 Jahre zurück; ein Wimpernschlag in der Geschichte. Heute müssen wir uns einmal bewusst machen: 70 Jahre Frieden in Europa hat es in der Geschichte noch nie gegeben. Auf unserem Kontinent herrschten immer Kriege. Die Deutschen und die Franzosen, diese beiden europäischen Völker, haben sich beinahe 1000 Jahre bekämpft. Wenn man Straßburg besucht und die überwältigende Kathedrale der Stadt sieht, hat man ein herausragendes Beispiel europäischer Kultur vor sich. Es wird deutlich, welch unglaubliche Schönheit diese Kultur hervorbringen kann – und welch ein Irrwahn 1000 Jahre Krieg bedeuten. Heute gilt Straßburg als Symbol für das unglaublichste und erfolgreichste Friedensprojekt in der Geschichte der Menschheit.

Aber es geht bei Weitem nicht nur um Frankreich und Deutschland. Mein geliebtes Heimatland Italien hat zwei Mal einen Krieg um Fiume in Rijeka (im heutigen Kroatien) geführt. Der Faschismus wurde aus dem Mythos der Wiedereroberung von Fiume geboren. 50 Jahre lang hat Italien für Fiume gekämpft und schwere Opfer gebracht. Heute sind Italien, Kroatien und Slowenien gemeinsam Mitglieder der Europäischen Union. Und wo früher Kriege geführt wurden, gibt es heute nicht einmal mehr Grenzen; aber dass es Grenzen gab, ist gar nicht so lange her.

Für meine Heimat Italien steht die Europäische Union ebenso für ein Friedensprojekt wie für Frankreich und Deutschland oder für Nordirland. Und wenn man an Nordirland und den dortigen Frieden denkt, empfindet man die Entscheidung der Briten für einen Ausstieg aus der Union noch schmerzhafter. Aber auch für unsere Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa ist und bleibt die Europäische Union ein Friedensprojekt. Sie ist und bleibt es für alle Länder der Union.

Das Europäische Friedensprojekt gehört nicht der Vergangenheit an. Es ist nicht einfach Geschichte – es ist auf die Zukunft gerichtet. Bundeskanzler Helmut Kohl brachte es in den 1990er Jahren einmal mit den Worten auf den Punkt: „Die Europäische Integration lässt sich herunterbrechen auf die Frage, ob wir im 21. Jahrhundert Frieden haben werden – oder Krieg.“ Ich glaube, er hatte recht. Als der Bundeskanzler dies sagte, hatte er im Besonderen die Situation in Osteuropa vor Augen. Nur mit einer europäischen Perspektive würde es möglich sein, unseren Nachbarländern Stabilität zu verschaffen. Und ich bin mir sicher, dass Helmut Kohl auch an den Balkankrieg dachte – an die Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft und nicht zuletzt Europas, diesen Krieg zu verhindern.

Und damit komme ich zur heutigen Situation.

Immer wenn ich in die Länder des westlichen Balkans komme, wird mir mehr denn je bewusst, dass die Europäische Union bis heute ein unverzichtbares, ein lebenswichtiges Projekt für den Frieden ist. Dafür stehen unsere diplomatischen Fähigkeiten, unsere aktive Unterstützung für Reformbemühungen und zur Versöhnung in den dortigen Ländern. Nur auf diesem Weg kann der Frieden in diesem Teil Europas gesichert werden. Und wie konkret Europa helfen kann, sehe ich, wenn wir den Dialog zwischen Pristina und Belgrad fördern, oder wenn wir mit den jungen Menschen sprechen, mit den jungen Europäern im Kosovo, die so große Hoffnungen auf Europa setzen. Das alles hält den Dialog, die Versöhnung, den Frieden, lebendig. Die Europäische Friedensunion ist und bleibt unverzichtbar.

Die Jugend auf dem Balkan versteht das nur zu gut. Sie träumt von unserer Europäischen Union, sie will Teil dieser Europäischen Einheit sein. Und das ist richtig so.

Als Hohe Vertreterin habe ich eine unglaubliche, fast wunderbare Aufgabe. Sie gibt mir die Möglichkeit, Europa immer wieder durch die Augen unserer Nachbarn zu sehen, unserer Partner von außerhalb. Und dabei sehe ich die Schönheit unserer Union. Diese Erfahrung ist geradezu ein Luxus.

Ich befürchte aber, dass unsere eigene Jugend die Bedeutung der Union aus den Augen verliert. Und vielleicht nicht nur unsere Jugend. Viele Europäer, Bürger



der EU, verlieren das Verständnis um die Bedeutung unserer Union, warum wir zusammenstehen müssen.

Bürger, die im Jahr 1989 geboren wurden, sind heute 27 Jahre alt; einige von ihnen sind sicher heute hier im Publikum. Es sind junge Erwachsene, die vielleicht eine Arbeitsstelle suchen oder sich mit ihrem Lebenspartner eine gemeinsame Zukunft aufbauen wollen. Sie stoßen dabei auf alle Widerstände und Hürden des Lebens, und das ganz besonders im achten Jahr einer schweren Finanzkrise. Die Erinnerung an die Berliner Mauer ist hingegen beinahe verblasst. Und die Erinnerung an den letzten Krieg reicht kaum noch aus, um die Existenz der Europäischen Union zu rechtfertigen.

Die Erinnerung an die Vergangenheit reicht dazu nicht aus; Erinnerung allein reicht niemals aus.

Ich möchte an dieser Stelle gerne Staatspräsident Giorgio Napolitano zitieren, der in der Willy Brandt Lecture 2013 zur Bedeutung der Union erklärte: „Es ist unbedingt notwendig, dass sich alle führenden Politiker auf nationaler Ebene wieder mit Stolz auf Europa zurückbesinnen – und zwar nicht nur mit Blick auf die verheerende Katastrophe des letzten Krieges und das Leiden wie die Unsicherheiten der Nachkriegszeit, sondern aus dem Bewusstsein heraus, dass das geeinte Europa der einzig richtige Weg und die einzig richtige Antwort auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit ist.“

Die Europäische Union kann nicht nur für 70 Jahre Frieden stehen, die sie bisher hervorgebracht hat. Die Europäische Union muss hinter *allem* stehen, wonach wir streben, wenn wir Gemeinsames erreichen und aufbauen wollen.

Mein Freund Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, der nun bald in die Berliner Politik wechseln wird, hat es auf den Punkt gebracht: „Unsere Europäische Einheit baut auf einer simplen Einsicht auf. Immer wenn sich die Europäer uneins waren, waren die Konsequenzen für alle katastrophal. Wenn wir aber zusammengestanden haben, hatte dies immer bessere Zeiten für alle zur Folge.“ Um der politischen Ausgewogenheit willen zitiere ich an dieser Stelle gerne noch Bundeskanzlerin Angela Merkel, die gestern erklärt hat: „Der Welt geht es besser, wenn es Europa besser geht.“ Das gibt mir den Eindruck, dass sich zumindest die politische Führung in Deutschland darüber im Klaren ist, warum wir zusammenhalten müssen.

Und genau hier liegt die Herausforderung in unserer täglichen Arbeit: jeden Tag neu hervorzuheben, dass wir zusammen stärker sind – und dies durch konkrete Fakten und greifbare Ergebnisse zu demonstrieren. Der einzige Weg,

unsere Union zu retten, führt darüber, dass sie sowohl die Bedürfnisse ihrer Bürger erfüllt als auch ihre Träume, weil das Leben nun einmal nicht nur aus Bedürfnissen besteht.

Was wir brauchen in Europa, ist eine Revolution. Und diese Revolution ist so einfach wie zugleich so schwer zu erreichen. Die Revolution, die wir brauchen, besteht darin, die Dinge ins Laufen zu bringen, unsere Union voranzubringen. Damit dies gelingen kann, bedarf es einer geteilten Verantwortung. Die Europäische Union ist kein „Gebäude“, das in Brüssel gebaut wird. Sie ist keine Einrichtung. Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft, in der wir Europäer zusammenarbeiten, weil wir wissen, dass wir nur *gemeinsam* in unser aller Interesse handeln können. Dabei ist es kein Widerspruch, denke ich, dass man sich ausrechnet im größten EU-Mitgliedsland, Deutschland, im Besonderen darüber im Klaren ist, dass kein Land allein auf dieser Welt stark genug ist, die Dinge zu bewegen, sondern dass es dazu Einheit bedarf. Das ist reiner Pragmatismus, nicht nur Idealismus.

Und glauben Sie mir: Um Dinge zu verändern, um unsere Union voranzubringen, bedarf es der richtigen Mischung aus Realismus und Vision. Dazu bedarf es Pragmatismus, gebündelt mit Ehrgeiz.

Wir sollten uns auf jeden kleinen Schritt konzentrieren, den wir sofort gehen können – auf jede kleine Verbesserung, die wir in kurzer Zeit umsetzen können. Aber zur gleichen Zeit müssen wir unsere Köpfe aus dem Staub erheben und weiter nach vorne blicken. Und glauben Sie mir, es wurde viel Staub aufgewirbelt in letzter Zeit.

Aber genau so müssen wir vorgehen. Wir müssen uns bewusst machen, was als Nächstes ansteht, wir müssen Richtung Horizont blicken und alles in unserer Macht Stehende tun, um unsere Zukunft zu gestalten. Dabei lautet die Frage nicht, *ob* wir zusammenstehen. Wir *müssen* zusammenstehen! Und das müssen wir uns vor Augen haben, wenn wir uns darüber klar werden, dass die Europäische Union eine unverzichtbare Macht ist.

Ich weiß, dass das seltsam klingt – in einer Zeit, in der jeder nur von der Krise in Europa spricht. Ich tue das nie. Aber vielleicht geht das darauf zurück, dass ich unsere Union durch die Augen unserer Partner und Freunde von außen sehe. Sie sehen Europa in keiner Krise. Sie betrachten Europa als ein Hort der Stabilität, des Friedens, der Demokratie, des wirtschaftlichen Wachstums und der Freiheit. Sie sehen unsere Stärke. Und diese Stärke müssen wir uns bewusst machen und darauf aufbauen.

Das alles wird noch wichtiger im Hinblick auf das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten. Aber ich denke, dies ist auch das Ergebnis eines länger anhaltenden Trends. Ich will noch einmal auf Willy Brandt zurückkommen. Anfang der 1970er Jahre war er davon überzeugt, dass das Schicksal dieser Welt auf Dauer nicht allein von zwei Supermächten bestimmt werde. Und in der künftigen Welt würde der Einfluss eines vereinten Europa unentbehrlich sein.

Ein unentbehrliches Europa, das gilt heute noch viel mehr als in den 1970er Jahren.

Als Willy Brandt diese Worte sprach, war die Zeit eine ganz andere. Die Vereinigten Staaten standen vor einer Niederlage im Vietnamkrieg. China machte sich daran, auf die Weltbühne zu treten; und der Nahe Osten wurde durch einen regionalen Krieg erschüttert, der eine globale Ölkrise zur Folge hatte. Schon damals sprach Willy Brandt über Europa als eine unverzichtbare Macht. Heute, gut vierzig Jahre später, sind lokale, regionale und globale Dynamiken noch viel stärker miteinander verflochten. Neue Mächte sind entstanden.

Und in unserer Welt mit all ihren globalen Kräften und Trends gestaltet sich Macht viel unschärfer, als wir uns das zunächst vorstellen können. Dennoch müssen wir keine Angst haben. Diese Macht gibt uns Möglichkeiten, über die wir nie zuvor verfügt haben. Und dank seiner Stärke und seiner Geschichte ist Europa eben in der Lage, mit der Komplexität und Unschärfe dieser Macht umzugehen. Darin liegt unsere Stärke.

Anfang dieses Jahres war ich hier in Berlin zum 60. Geburtstag meines Freundes Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier eingeladen. An diesem Tag hielt Kofi Annan, der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, eine bemerkenswerte Rede zum Thema „Auf der Suche nach einer neuen globalen Ordnung“. Annan erklärte darin, dass in einer Welt, in der sich Macht immer unschärfer darstelle, Konfrontationen eine Folge sein können. Dies könne aber auch zu einer ausgewogenen Weltordnung führen, in der „kollektive Mächte die Ambitionen anderer Mächte in Schach halten können“.

Anders ausgedrückt: Umso komplexer und sogar gefahrvoller unsere Welt wird, desto unverzichtbarer wird unsere Europäische Union. Wir sind unverzichtbar, weil wir eine Supermacht *sind*. Wir sind unverzichtbar, weil wir wissen, dass Entwicklung und Sicherheit heute und dauerhaft sichergestellt werden müssen – oder aber eine Illusion bleiben. Und wir sind deshalb unverzichtbar, weil unser Handeln auf dem Prinzip des Pragmatismus aufbaut.

Immer wenn ich von Europa als einer Supermacht spreche, sehe ich eine

gewisse Skepsis in den Gesichtern meines Publikums. Einmal fragte mich ein Journalist zurück: „Sie glauben also wirklich, dass Europa eines Tages eine Supermacht sein wird?“ Und ich antwortete: „Nein, ich glaube, dass Europa bereits eine Supermacht *ist*.“ Und ich bin dazu bereit, dies zu wiederholen, so oft es sein muss.

Wir reden ständig von einer Krise. Aber denken wir doch einmal nach: Wir verfügen in Europa über die stärkste Wirtschaftskraft weltweit, sogar größer als die der Vereinigten Staaten und von China. Länder überall auf der Welt bitten uns darum, ihnen bei der Sicherung von Sicherheit und Frieden behilflich zu sein. Ich denke zum Beispiel an Kolumbien, Indonesien, Myanmar oder die Länder Afrikas. Erst heute habe ich mit dem kolumbianischen Präsidenten José Manuel Santos telefoniert, der am gleichen Tag, an dem ihm in Oslo der Friedensnobelpreis für das Jahr 2016 verliehen wird, die EU-Außenminister in Brüssel besuchen wird. Unsere Diplomatie versetzt uns in die Lage, in den entferntesten Regionen dieser Welt aktiv zu werden – von der Arktis bis zu den kleinen Inseln des Pazifiks. Dank der Zusammenarbeit von 28 Mitgliedsstaaten sind wir in der Lage, wesentliche Teile der internationalen Agenda zu bestimmen: im vergangenen Jahr den Abschluss des Klimaschutzabkommens, auf den wir wesentlichen Einfluss hatten, das Atomabkommen mit dem Iran – und es ist uns gelungen, einen weltweiten Konsens über die Globalen Nachhaltigen Entwicklungsziele herzustellen. Hinter all diesen Erfolgen stand ganz wesentlich die Macht Europas.

Wir müssen uns vor Augen halten: In der humanitären Hilfe steht Europa weltweit an erster Stelle. Wir stehen an erster Stelle bei der Entwicklungshilfe – und wir sind für alle Länder der wichtigste Handelspartner. Wir *begreifen* manchmal nur einfach nicht, wer wir sind: Wir sind eine *Supermacht*. Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Denn nur wer sich seiner *Macht* bewusst ist, kann sie in vollem Umfang einsetzen. Macht bleibt bedeutungslos, wenn man sie nicht zum Einsatz bringt.

Ich glaube fest daran, dass unsere Welt Europa braucht – weil wir unverzichtbar sind dank unserer Macht und unserer besonderer Fähigkeiten; und vor allem auch deshalb, weil wir unsere Fähigkeiten in ganz besonderer Weise zum Einsatz bringen. Ich sehe keinen anderen Global Player, der in eine nachhaltige Zukunft investiert, wie wir das tun. Und ich habe die Befürchtung, dass wir in den kommenden Jahren auf dieser Welt eher noch einsamer dastehen werden, wenn es um den Schutz von Menschenrechten, die Verfolgung nachhaltiger Entwicklungsziele oder um den Klimaschutz geht. Aber das macht Europa noch unverzichtbarer.

Keiner investiert so viel in schulische und berufliche Ausbildung wie die

Europäische Union – in erster Linie für unsere eigenen jungen Leute, aber auch für Kinder und Jugendliche in angrenzenden Regionen. Keiner investiert so viel wie wir in die Schulbildung syrischer Kinder, die innerhalb Syriens auf der Flucht sind; überhaupt sind wir die einzige Macht, die zurzeit in Syrien und in seinen Nachbarstaaten humanitäre Hilfe leistet. Niemand bemüht sich so sehr wie wir klarzumachen, dass Flüchtlinge nicht als Flüchtlinge geboren wurden, sondern dass es Menschen in Not sind. Diese Menschen hatten eine Vergangenheit, bevor sie Flüchtlinge wurden, und sie müssen eine Zukunft haben, wenn sie einmal keine Flüchtlinge mehr sind.

Nehmen wir eine andere Region: Vorgestern habe ich Senegal besucht. Dort investiert die Europäische Union nicht nur in die Arbeitsplätze junger Leute. Wir trainieren dort gezielt Arbeiter in strategischen Wirtschaftssektoren, die hohes Wachstumspotenzial haben. Wir investieren in die Produktivität sowie in die künftigen Fertigkeiten dieser Menschen. Auf diese Weise investieren wir in die Sicherheit dieser Region – und damit zugleich in die Sicherheit Europas.

Die Europäische Union hat einen neuen externen Investitionsplan verabschiedet, der den privaten Wirtschaftssektor instabiler Staaten stärken und in den Ländern um das Mittelmeer sowie in ganz Afrika private Investitionen unterstützen soll: Auf diese Weise schaffen wir zugleich neue Investitionsmöglichkeiten für europäische Unternehmen und damit neue Arbeitsplätze in der EU. Wir stabilisieren also nicht nur unsere Nachbarn, sondern auch Europa.

Das ist der europäische Weg. Der Weg hin zu Entwicklung: Er baut auf jahrzehntelange Erfahrungen, er ist innovativ und auf die Zukunft ausgerichtet. Aus unserer Geschichte wissen wir, dass Investition in andere, in unsere Nachbarn, keinesfalls nur eine Frage der Barmherzigkeit ist. Wir investieren damit zugleich in unsere eigene Gegenwart und Zukunft.

Und dies ist zugleich der europäische Weg zu mehr Sicherheit. Wir wissen aus erster Hand, was Krieg und Frieden bedeuten; kein Kontinent weiß das besser als Europa. Die Europäische Integration ist eine Lehrbuchantwort darauf. Wir wissen, dass ein dauerhafter Frieden Versöhnung und Wiederaufbau voraussetzt. Wir wissen, wie wir unsere militärischen Fähigkeiten einsetzen müssen, um Leben zu schützen und um unsere Partner auszubilden. Wir wissen, wie man Länder stabilisiert und Konflikte verhütet. Wir sind uns bewusst, dass die Schwäche und Instabilität unserer Nachbarn uns nicht stärker macht, sondern vielmehr verwundbarer. Wir wissen aus unserer eigenen Vergangenheit, dass Nullsummenspiele nur eine kurze Illusion sind; am Ende verlieren immer beide Seiten.

Das alles haben wir aus unseren eigenen Fehlern gelernt, aber auch aus unseren Erfolgen. Heute verfügt die Europäische Union über die Fähigkeit und die Ressourcen, sich weltweit diplomatisch und auch militärisch zu engagieren. Wir fördern Stabilität durch Handel und über Investitionen, und wir bemühen uns, Krisen zu verhindern, noch bevor sie überhaupt entstehen.

Wie ich bereits sagte, sind wir Europäer unverzichtbar aufgrund der Macht und der besonderen Fähigkeiten, über die wir verfügen – aber eben auch aufgrund der Art und Weise, wie wir diese Fähigkeiten einsetzen. Unsere Welt läuft Gefahr, nur noch von einem „brutalen Realismus“ regiert zu werden, eine Welt zu sein, in der allein Macht bestimmt, was Recht ist. Aber das kann nicht Grundlage für eine neue Weltordnung sein; eine Welt, in der nur noch Chaos herrscht, im günstigsten Fall so etwas wie „kontrolliertes Chaos“.

Wollen wir das wirklich?

Keine wirkliche Stabilität ist denkbar, wenn nicht die Interessen aller Völker und Gruppen berücksichtigt werden. Unterdrückung führt zu Wut, und Ungerechtigkeit verstärkt Unzufriedenheit. Das wissen wir nur zu gut. Diese Erkenntnis führt uns zu unserem prinzipiellen Pragmatismus. Wir sehen verschiedene Interessen, wir verstehen Machtpolitik; wir sind keineswegs naiv. Wir Europäer sind geradezu Spezialisten für Komplexität, für mich als Italienerin gilt das im Besonderen. Aber wir wissen dabei nur zu gut, dass der Schutz von Menschenrechten, der freiheitlichen Grundwerte und des Pluralismus nichts mit Naivität zu tun hat. Es geht nicht nur um Werte und Prinzipien um ihrer selbst willen, sondern um europäische Kerninteressen. Ein Widerspruch aus Prinzipien und Grundwerten passt nicht mehr in unsere heutige Welt. In seine eigenen Werte zu investieren, ist in unserer Zeit der beste Weg, die eigenen Interessen zu schützen.

Macht, die auf prinzipiellen Pragmatismus setzt, ist für mich unverzichtbar in unserer heutigen Welt. Denken wir an Syrien: Ohne eine pragmatische Politik wird es keinen Weg aus diesem katastrophalen Bürgerkrieg geben. Dieser Krieg wird niemals enden, wenn sich die regionalen und überregionalen Mächte nicht einigen. Und dennoch kann es eine dauerhafte Lösung ohne aufrichtige Versöhnung nicht geben. Es kann auch keine Lösung gegen das syrische Volk geben. Die legitimen Interessen aller Gruppierungen müssen berücksichtigt werden – der Ruf nach einer weltlichen Demokratie, nach einem Mehrparteiensystem, nach Gewaltenteilung, kurzum der Ruf nach einem wirklichen Wandel in Damaskus. Dringend muss es endlich zu einem Waffenstillstand kommen, der humanitäre Hilfe erlaubt. Alle Kampfhandlungen müssen aufhören. Humanitäre Hilfe muss

endlich in die belagerten Städte gebracht werden können. Und wenn wir einmal aus dem Staub, den dieser Bürgerkrieg im wahrsten Sinne des Wortes aufgewirbelt hat, aufblicken, müssen wir uns dringend Gedanken machen, wie das neue Syrien nach dem Ende dieses brutalen Konflikts aussehen soll. Wie kann der Weg zu Versöhnung, Wiederaufbau und politischem Wandel aussehen? Wir müssen auf dem Weg alle Teile der syrischen Gesellschaft einschließen. Und dies wird eine feine Ausbalancierung der Interessen erfordern. Die Brutalität, die wir jetzt noch sehen, muss aufhören. Und die Europäische Union wird eine unverzichtbare Hilfe dabei sein, diese Ausgeglichenheit zu finden. Schon vor einigen Wochen haben wir uns als Europäische Union an diese Aufgabe gemacht, gemeinsam mit den Vereinten Nationen. Um zumindest einen Anfang zu setzen, haben wir begonnen, zusammen mit den regionalen Mächten auszuloten, welcher Spielraum für einen politischen Wandel in Syrien besteht.

Unsere Union wird für Syrien immer unverzichtbarer werden, aber auch für den Rest dieser Welt und nicht zuletzt für unsere eigenen Bürger – denn innere Sicherheit hängt ganz eng mit der Stabilität in der gesamten Region zusammen.

Wir wissen, dass das Thema Sicherheit bei unseren Bürgern sehr hohe Priorität hat. Das war bis vor Kurzem noch nicht so. In den zurückliegenden acht oder neun Jahren zählte mehr oder weniger nur die Wirtschaft. Nun sind wir plötzlich aufgewacht und begreifen, dass wir unsere Sicherheit schützen müssen – eine Sicherheit, die wir immer als selbstverständlich angesehen haben. Aber inzwischen ist uns klar, dass all diese globalen Entwicklungen, die immer stärkere Aufspaltung von Macht und die wachsende Unsicherheit, einen ganz realen Einfluss auf das Leben der Menschen haben. Wir haben gemeinsam eine Vision entwickelt, wie wir in dieser Welt handeln wollen. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, das umzusetzen – Vision in Aktion umzuwandeln.

Ich habe in dieser Rede schon mehrere Staatsmänner zitiert. Ich zögere etwas, einen berühmt gewordenen Satz von Helmut Schmidt zu zitieren: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“ Ich dagegen glaube unbedingt daran, dass wir im heutigen Europa eine Vision brauchen.

Und hier kommt die schwierigere Aufgabe für mich als Hohe Vertreterin: Vision und Handeln miteinander in Einklang zu bringen. Handeln heißt, unsere Vision umzusetzen, sie zu verwirklichen. So wollen wir unsere „Globale Strategie in der Außen- und Sicherheitspolitik“, die ich letztes Jahr vorgestellt habe, verstanden wissen. Nun gehen wir über zur Tat, zur Implementierung. Glauben Sie mir: Es ist gar nicht so schwer, die Interessen von 28 Mitgliedsstaaten miteinander in



Einklang zu bringen, weil es ein gemeinsames Interesse gibt, das alle teilen. Wenn Sie die nationalen Interessen von 28 Ländern nehmen – vorausgesetzt, dass sich jede Regierung, in welcher Koalition auch immer, darüber einig wird –, ist viel leichter zu erkennen, wie dem nationalen Interesse durch gemeinsames Handeln am besten gerecht werden kann. Hierin liegt also gar keine so große Herausforderung.

Die größere Herausforderung liegt in der Beständigkeit, im Durchhaltevermögen. Man hat eine Vision, definiert sein Interesse, und legt eine Politik fest. Aber um das Gewünschte zu erreichen, bedarf es Durchhaltevermögens – und der Bereitschaft, die nötigen politischen und wirtschaftlichen Ressourcen in die richtigen Kanäle zu lenken. Es könnte sein, dass wir im heutigen Europa ein kleines Problem mit dem Durchhaltevermögen haben. Aber das ist eben der schwierigere Teil der Aufgabe: unsere gemeinsame Vision in reales, gemeinsames Handeln umzusetzen.

Noch einmal lohnt es sich an dieser Stelle, auf Willy Brandt zurückzublicken, und auch auf die Gründungsväter und die wenigen Gründungsmütter unserer Union. Nehmen wir zum Beispiel Robert Schuman. Er hatte die Vision, dass ein dauerhafter Frieden in Europa aus etwas Technischem, Pragmatischem, ja aus nichts weiter als einem kleinen Regelwerk entstehen könnte: der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Immer wieder gerne sage ich zu unseren Freunden am Persischen Golf: Wenn es den Europäern gelungen ist, auf der Grundlage wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine mehr als tausendjährige Epoche der Kriege zu beenden, dann war das deshalb möglich, weil die Menschen endlich aufgewacht sind und begriffen haben, dass es viel besser und nicht zuletzt angenehmer ist, Handel und Geschäfte miteinander zu betreiben, als sich gegenseitig umzubringen. Das ist reiner gesunder Menschenverstand. Und hoffentlich werden die Menschen in anderen Teilen dieser Welt in naher Zukunft diese Erfahrung teilen.

Ich bin davon überzeugt: Der Pragmatismus der Gründer unseres vereinten Europas ist von großem Nutzen in unserer instabilen und unsichereren Zeit. Es ist nicht die richtige Zeit für große Revolutionen. Die Revolution, die wir derzeit brauchen, besteht darin, auf pragmatischem Weg das *Machbare* umzusetzen; das ist wahrer Pragmatismus. Ich könnte mir vorstellen, dass wir dabei auf Deutschland mit guten Ideen zählen können. Wir müssen bescheiden und zugleich kreativ sein – und genau mit diesem Ansatz arbeiten wir an der Verbesserung von Europas Sicherheit und Verteidigung.

Unsere Bürger wie auch unsere Partner fordern ein stärkeres Europa in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung – ein Europa, das Sicherheit bieten kann. Und man könnte an dieser Stelle zum Beispiel die theoretische Debatte über die Gründung einer europäischen Armee beginnen, oder es besser sein lassen. Diese Diskussion würde sich über Monate, wenn nicht Jahre hinziehen – und am Ende ganz sicher zu nichts führen. Dann müssten wir nämlich auch eine Debatte über eine Anpassung der Europäischen Verträge führen, und das Ergebnis wäre das gleiche: Wir hätten vielleicht eine interessante Diskussion, aber am Ende würde nichts Konkretes erreicht.

Wir haben uns dagegen entschlossen – und dafür zeichne ich verantwortlich –, auf der Grundlage der gültigen Verträge zu arbeiten und dabei bisher ungenutzte Instrumente in die Hand zu nehmen. Wir haben den Beschluss gefasst, mit etwas ganz Konkretem zu beginnen und Schritt für Schritt darauf aufzubauen. Erst kürzlich habe ich ein europäisches Verteidigungspaket vorgelegt, das auf realistische Maßnahmen in einem überschaubaren Zeitplan abzielt. Manchmal sieht mich mein Mitarbeiterteam ungläubig an, wenn ich ihm erkläre, dass diese ohne jene Maßnahme nicht erst im nächsten Jahr, sondern noch in diesem Monat umgesetzt werden soll. Erst erklären mir meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass dies schlichtweg unmöglich sei. Dann räumen sie ein, dass es eigentlich letzten Monat schon möglich gewesen wäre – und wir können mit unseren Plänen fortfahren.

Europa kann so schnell sein, wenn wir ein klares Ziel vor Augen haben. Nächste Woche werde ich dem Europäischen Rat ein Paket an Verteidigungsmaßnahmen vorlegen, das mit der NATO abgestimmt ist; erst gestern haben wir dieses Paket NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im NATO-Ministerrat vorgestellt. Es geht um die verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen maritime Verteidigung und Cybersicherheit.

Die Europäische Kommission plant darüber hinaus die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds, der die Investitionen in gemeinsame Forschung und Entwicklung von Verteidigungs-ausrüstung und -technologien fördern soll. Das kann viel Geld sparen. Und es ist viel sinnvoller und bequemer, wenn nicht jedes einzelne Land die notwendigen Ausrüstungen und Technologien selbst entwickeln muss. Und die Europäische Kommission will auf weitere Instrumente der Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung setzen, die die bestehenden Verträge uns heute schon erlauben und die jedoch bisher nicht angewendet wurden.

Unsere Vorschläge zielen darauf ab, die europäischen Ausgaben für Verteidi-

gung noch effektiver einzusetzen – mithilfe des Europäischen Verteidigungsfonds und weiterer Anreize für die Mitgliedsstaaten, sich an gemeinsamen Programmen zu beteiligen. Wir wollen eine Europäische Union, die in der Lage ist, rasch auf Krisen zu reagieren. Und um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir alle politischen, technischen und finanziellen Hindernisse beseitigen, die uns bisher im Weg standen, und wir wollen eine Reihe heute schon bestehender Instrumente effektiver einzusetzen, darunter die EU-Kampfgruppen.

Darüber hinaus habe ich den Mitgliedsstaaten unserer Union den Vorschlag unterbreitet, über eine „Ständige strukturelle Verteidigungszusammenarbeit“ nachzudenken. Die Mitglieder könnten gemeinsame Fähigkeiten entwickeln, in gemeinsame Projekte investieren, oder auch multinationale Einheiten aufstellen – alles Instrumente, die die bestehenden Europäischen Verträge schon heute vorsehen, über deren Anwendung aber bislang noch nicht einmal nachgedacht wurde.

Die meisten dieser Vorschläge wurden bereits vom EU-Außenministerrat angenommen und werden – sofern die Staats- und Regierungschefs der Union in der nächsten Woche ihre Zustimmung geben – bereits nächstes Jahr umgesetzt werden. Wir wollen Ergebnisse erreichen, die für unsere Bürger rasch sichtbar werden, und nicht erst in Europa der nahen oder fernerer Zukunft.

Und das alles wiegt umso mehr, als Europa jahrzehntelang über eine gemeinsame Verteidigung diskutiert hat. Wer sich in der Geschichte der europäischen Integration auskennt, weiß, dass die Gründungsväter und -mütter der Union davon überzeugt waren, dass die Europäische Integration auf zwei Pfeilern ruhen musste: einer Wirtschaftsgemeinschaft und einer Verteidigungsgemeinschaft. Der erste Anlauf für eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) scheiterte im Jahr 1954. Dann unternahm Europa einen zweiten Versuch: Der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2007 gibt uns eine ganze Reihe von Instrumenten zur Schaffung gemeinsamer Sicherheit und Verteidigung an die Hand, aber ich denke, dass uns die kurz darauf hereinbrechende Finanzkrise davon abgehalten hat, diese Instrumente in vollem Umfang einzusetzen.

Hier stehen wir also, vor konkreten Schritten, die uns hin zu einer Europäischen Union der Sicherheit und der Verteidigung – im Dienste des Friedens – führen. Denn wir werden diese Schritte auf dem „Europäischen Weg“ gehen. Und glauben Sie mir: Unsere heutige Welt benötigt dringend eine Macht, eine Supermacht wie wir, die einerseits über militärisches Potenzial verfügt, die aber zugleich die Fähigkeit zur Bewahrung des Friedens und zur Prävention von Konflikten gleichsam in ihrer DNA trägt.

Auf der Grundlage politischer Vision und Realismus versuchen wir dorthin zu gelangen. Unser Realismus hält uns dazu an, schrittweise vorzugehen. Aber unsere langfristige Vision rät uns dazu, nicht allein auf gemeinsame Verteidigung und Sicherheit zu bauen. Denn auf diesem Weg bewirken wir zwar Gutes, auf lange Sicht könnte das aber nicht ausreichen.

Lassen Sie mich das hier klar zum Ausdruck bringen: Eine verstärkte Integration in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung kann kein Ersatz für Fortschritte in anderen Bereichen sein. Mein Eindruck ist, dass wir im Bereich gemeinsame Verteidigung gut vorankommen, und das nicht aufgrund des Brexits oder im Hinblick auf die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten. Obwohl sich Europa jahrzehntelang hier schwer getan hat, machen wir hier Fortschritte, weil die Staats- und Regierungschefs der Union glauben, dass dies der sicherste Weg ist, um mit der Europäischen Integration voranzukommen – weil man auf anderen Feldern eben nicht weiter kommt. Andererseits: Wenn wir gegenwärtig nur im Bereich Gemeinsame Sicherheit und Verteidigung vorankommen, dann tun wir das eben. Dahinter verbirgt sich eben unser Pragmatismus.

Ich denke jedoch, dass es ein Fehler wäre, nur in diesem Bereich voranzuschreiten. Ich bin davon überzeugt, dass wir keine Alternative zu mehr Solidarität etwa mit Blick auf die gegenwärtige Flüchtlingskrise haben. Hier ist die Europäische Union zu spät aufgewacht. Sie hat sich viel zu lang der Illusion hingegeben, dass sich das Problem auf einige wenige Mitgliedsländer beschränken ließe. Und aus meiner Sicht es gibt keine Alternative zu verstärkten Investitionen, um den europäischen Wachstumsmotor wieder in Gang zu bringen.

Lassen Sie mich mit einem weiteren berühmten, wenn auch etwas barschem Zitat von Willy Brandt schließen: „Ohne Realismus wird die Außenpolitik zu einem Feld für Träumer. Aber ein Realist ohne Vorstellungskraft ist ein Idiot.“

Diese Aussage sagt eine Menge zu der Situation, in der wir heute stehen. In der Tat ist es eine ständige Herausforderung, die richtige Balance zu finden. Aber eine Europäische Union, die den Bürgern etwas gibt, die liefert, kann nur eine Union mit Vision sein. Und die Union, von der wir träumen, ist eine Union mit Visionen, die sie am Ende auch umsetzt und verwirklicht.

Das ist die Europäische Union, die wir nur zusammen aufbauen und weiterentwickeln können. Jeden Tag aufs Neue.

Ich bin 100 Prozent sicher, dass wir das schaffen.

WILLY BRANDT LECTURE 2016

FEDERICA MOGHERINI

UNITED WE MUST STAND – THE EUROPEAN UNION IN TESTING TIMES*

It is really, really an honour for me to be here with you. You cannot imagine how much I feel this emotion of being here with you today hosted by Humboldt, one of the world's most prestigious universities, the Willy Brandt Foundation and to hold this year's Willy Brandt Lecture.

I can only be humbled to follow in the steps of my friend Jan Eliasson, Deputy Secretary-General of the United Nations, my mentor, a great Italian President, a great European, a great friend of Germany, Giorgio Napolitano, and all the other great men who spoke during the previous Willy Brandt Lectures. And I said “men” because I understand I am the first woman to receive this honour – I thank you for that, I hope this will open the way for many other women to follow my steps.

One of the previous lecturers – the Nobel Peace Prize winner Mohamed ElBaradei – described Willy Brandt as, I quote, “a man of vision and realism.”

Vision and realism. These two words often go together when we talk about a previous generation of European leaders. Tonight, I would like to talk about both of these qualities – vision and realism – and why they are incredibly needed in today's Europe. And let me mention that I believe just today Pope Francis recalled to all of us the need for strong visionary leadership in our continent.

But before I get to that, I would like to spend just a few words on the place where we are. It might be normal for you, but it is not so normal for me. It gives me a very special feeling to be so close to the Brandenburg Gate, and on this side of the Gate. It is hard, very hard for someone from my generation, to believe that just over 25 years ago, the only human presence on this square were military patrols. And I believe all the young people sitting around us have the same kind of feeling. A wall was built right here, at the heart of Europe, and it was not that long ago.

* Check against delivery.

I have a feeling that most of us Europeans are forgetting about that. Certainly not the Berliners, probably – probably – not the majority of the Germans, but the majority of Europeans, I feel, is starting to lose this memory. The memory is beginning to fade. The memory of the wall, the memory of division right in the heart of Europe. The stories of those who managed to flee from East Germany. The fear, real fear of military confrontation right here in Europe, only a few decades ago.

In November 1989 I was sixteen years old. I was in high school and that is more or less the age when I began to look at the world and try to understand politics – and the Italian politics is never easy to understand – but also to question what happens around you. And my understanding of Europe begins exactly at that time with the fall of the Berlin wall. It begins with a continent, a city, a country finally reunited and free.

And I remember very well that day. I felt – maybe for the first time – truly European. Just a few years later we would hear for the first time the name European Union. For my generation, the European Union is an open Brandenburg Gate. It is the end of border controls, the Erasmus. It is the reunification of Germany, the Single Market, the freedom from fear of yet another war. For my generation, the European unity, Union, is the reality of a dream of peace and freedom coming true. And my generation lived somehow the luxury of the European Union.

Today the European Union integration is the indispensable factor we need. Here the title “United we must stand”. It is a bit scary but this is the shift we have lived. In 1989, in the 90s, Europe was the dream of a luxury: freedom of movement, the friendship, the openness to the world. Today, it is a necessity.

Today – let me go one step back – we cannot even imagine a war inside our continent. But if we go back for a moment to 1971, the year Willy Brandt received the Nobel Peace Prize, two years before I was born. In his Nobel lecture, Brandt said Europe was still incredibly vital. And he said “still” already at that time. So maybe this crisis we are feeling is not that new. But he made two predictions for the future. The first one was that the European Economic Community would turn into something more, into a real Union capable of taking responsibility in world affairs.

When he got to the second prediction, Brandt almost apologised to the audience because he knew it was so dreamy that it would sound impossible. What Brandt had in mind was a European Union of Peace for the entire European continent. It was 1971. The continent was divided, Germany was divided, Berlin was divided and Europe was at the heart of the Cold War.

But for visionaries like Willy Brandt, the European Union has always been a peace project. And one really had to be a visionary to imagine peace in Europe back in 1971.

And yet it is only 40 years ago; nothing in history, nothing. Today it is almost hard to understand, almost hard to imagine for most people sitting in this room. Seventy years of peace is something Europe had never seen before in history. Our continent has been at war forever. The Germans and the French, two European peoples, have been at war for a thousand years. When you look at Strasbourg, at its magnificent cathedral, you see the excellence of our European culture, the incredible beauty we built and the folly of ten centuries of war. Today, Strasbourg stands as the symbol of the most incredible and successful peace project in human history.

But this is not simply about France and Germany. My own country, my beloved country, went to war twice for the city of Fiume, in Rijeka. Fascism was born on the myth of retaking Fiume. For 50 years we fought and died. And today Italy, Croatia and Slovenia are all part of the same Union, the same European Union. And where there was war, there is not even a border anymore. That was not that far away, that was not that long ago.

For my country, the European Union has been a peace project as it has been for France and Germany, as it has been for Northern Ireland. The European Union has been a peace project; and this makes, mentioning Northern Ireland, the British decision only more painful. For our Member States in Central and Eastern Europe, the European Union has been a peace project and still is. And the list could continue for basically all of our countries.

This European peace project does not simply belong to our past. It is not just history. It is still very much a work in progress. In the nineties, Helmut Kohl used to say that, I quote: “European integration comes down to the question of whether we will have war or peace in the 21st century.” I believe he was right. What he had in mind was of course the East of our continent, because only a European perspective could stabilise the countries freed from the Iron Curtain. But I am sure Kohl also had in mind the war in the Balkans and the European and international failure to prevent it. And here we come to today.

Whenever I go to the Western Balkans, any place in the Western Balkans, it is clear that our European Union is still a peace project – a vital peace project. Our diplomacy, our support for reforms and to reconciliation show that we still are a peace project, the only way to peace for that part of Europe. And we see that



when we facilitate a dialogue between Pristina and Belgrade or when we talk with the young people, the young Europeans of Kosovo, they have the European Union in mind. And that is what keeps the dialogue, the reconciliation, peace, alive. So the European Union of peace is still a necessity for our continent.

The youth of the Balkans, they understand this very well. They dream our European Union. They dream the reunification of our Europe, and rightly so.

And let me tell you that doing this job, this incredible, wonderful job, I see Europe with the eyes of our neighbours, of our partners outside of our borders and I see the beauty of our Union. That is a luxury still that I am living.

But our own youth, here inside the European Union, is maybe losing sight of the meaning of our Union. And maybe not only our youth, I guess this is not a privilege only of the youngest ones. Europeans, the citizens of our Union, are losing sight of the meaning of our Union, of why we are together.

The children born in 1989 are now 27: some of you might be sitting here. They are young adults, they might be looking for a job or they might be trying to move in with their partner, facing all the difficulties of the tough life, especially after eight years of a difficult financial crisis. The memory of the wall is very remote, the memory of the war is not enough to justify the European Union. The past is not enough. The past is never enough.

And I would like to quote here what Giorgio Napolitano said in his Willy Brandt lecture, three years ago, that it is first and foremost for national political leaders to rediscover a "European pride." He said that we need to rediscover that a united Europe is not only the reaction to the catastrophe of World War Two, but "the only effective answer to the challenges of now."

The European Union cannot be just the 70 years of peace it has produced so far. The European Union is and has to be each and every achievement we produce today and from now on, if we manage to produce achievements together.

My friend Martin Schulz, President of the European Parliament, has explained it very clearly, I quote: "Our European unity is founded on a simple insight. Whenever we Europeans have been divided, the consequences for everyone have been disastrous; whenever we have stood together, it has brought better times for everyone." And to balance politically I understand Chancellor Angela Merkel yesterday said: "The world does better when Europe does better". So it seems to me that at least the German political leadership is very clear on why we need to stand together.

Here is the challenge for our daily work. Demonstrate every single day, every

single day that together we are stronger. Demonstrate it through concrete facts and tangible results. The only way to save the European project – that, yes, is at risk –, the only way to save it is to invest in a Union that delivers on our citizens' needs. And also on our citizens' dreams, because life is not only made of needs.

The revolution we need for Europe is a simple one and still the most difficult one to make it work. The revolution we need in Europe is to make things work; to make our Union work. And it is a shared responsibility. The European Union is not a building in Brussels, you would not find it. It is not an institution. The European Union is the community of us Europeans working together, because we know that only together we can serve our own interests. Even our own national interests can be served only if we act together as Europeans. And it is not a paradox, I believe, that exactly in the biggest of the EU Member states, Germany, it is absolutely clear that no one is big enough in the world of today and that you need unity together with others to push forward your own agenda. It is pragmatism, it is not just idealism.

And to do so, to deliver, to make our Union work, we need the right mix of realism and vision; of pragmatism and ambition.

We need to focus on each small step we can take right now, each real improvement we can deliver in the short term. But, at the same time, we can only do so if we also manage to raise our sight over the dust and, believe me, there is plenty of dust these days.

But this is what we need to do. We need to understand what comes next, have a look at horizon and also, most of all, shape what will come next, shape the future, not giving up to our own power. Not only we can, but we must, we must stand together. And we must keep this in mind that the European Union is becoming more and more an indispensable power.

I know this might sound strange, in a moment when everyone in our continent seems to talk about Europe's crisis. I never do, I apologize for that. But maybe it is because I see our Union through the eyes of our partners and friends outside of the Union. They do not see Europe in a crisis; they see Europe as a strong pole of stability, peace, democracy, economic growth, freedoms. They see our strength. So we need to realise our strength and how much we need to invest in it.

This is certainly true after the recent elections in the United States, but it is the outcome, I believe, of a much longer trend. Let me go back once again to Willy Brandt. In the first half of the 70s, Brandt believed that the fate of the world would no longer be determined only by the two super-powers. And in such a

world, he said, I quote: "The influence of a united Europe has become indispensable." The indispensable Europe, now even more than then; today even more than in the 70s.

When Brandt spoke, it was a different time: the United States were heading towards a defeat in Vietnam; China was just beginning to engage on the global stage; and a regional war in the Middle East – that does not change that much – had sparked a global oil crisis. He was speaking at that time of Europe as an indispensable power. Forty years on, the connections between local, regional, and global dynamics have become much more intimate. New powers have risen.

And in a world of global forces and trends, power is much more diffuse than we could ever imagine. Still, we should not be afraid of this. It opens opportunities we never had in the past, and Europe has the strength and the history that makes it able to understand and deal with complexity and diffusion of power; that is our strength.

At the beginning of this year, in January I believe, I was in Berlin again for the 60th birthday of my friend Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier. And that day, Kofi Annan, former Secretary-General of the United Nations, gave a great lecture on the search for a new global order. Annan, at that occasion, explained that a world where power is more diffuse, I quote, "might indeed lead to confrontation. But it could also lead to a more balanced world order, in which the collective powers keep the ambitions of their peers in check."

So the more complex and even dangerous our world becomes, the more indispensable our European Union is. We are indispensable because we are a superpower; I will come back to that. We are indispensable because we know that development and also security are sustainable in time or are just an illusion. And we are indispensable because our actions are based on a principled pragmatism.

A superpower: whenever I say this, whenever I say to an audience that the European Union is a superpower, I see certain scepticism in the audience. Once a journalist was insisting: "So, you believe Europe will become a superpower?" No, I said, it is a superpower. I had to repeat it a couple of times and I understand this. We are constantly talking about our crisis, but think of it. We are the biggest global economy, bigger than the United States and China. Countries at all corners of the world ask us to cooperate on their security or to support their peace processes, from Colombia – I spoke to President José Manuel Santos today, he is going to share his Nobel Peace Prize with us visiting Brussels the same day when he will receive it; we will wait for him in Brussels with the Foreign Ministers – to

Indonesia, Myanmar or Africa. Our diplomacy allows us to act in every remote part of the planet – from the Arctic to the small Pacific islands. Our common work, 28 Member States together, allows us shape the global agenda on the international arena as we did with the climate change agreement last year, allowing its entry into force, protecting it or mediating and facilitating, achieving the nuclear deal with Iran.

That was the power of Europe.

Again: we are the first provider of humanitarian aid worldwide, the first provider of development aid worldwide, we are the first trade partner everywhere in the world. Sometimes we do not realise what we are. We are a superpower. And we need to be aware of it, because only if we are aware of our power we will make full use of it. Power is nothing if you do not use it.

And I believe we and our world need us, because we are indispensable for the power we have, yes, but most of all for the way we use it. I don't see other global players that invest in the sustainable future the way we do. And I am afraid that in the coming years, we might be a little bit more lonely in the global scene when it comes to human rights or to sustainable development, or to climate. Still, the need for this indispensable power grows even bigger.

No one invests as much as we do in the education – first of all of our own young people, but also of the children who are around us in our region. No one invests as much as we do in the education of Syrian children who fled their homes or those who are still in Syria. The European Union is by far the first provider of education for Syrian children, in Syria and around. By the way we are also the ones – the ones, not among the ones – who are providing humanitarian aid in Syria and around. I don't see many others doing as much as we are for this. No one does as much as we do to try and recognise that refugees are not born refugees, they are people and human beings. They have a past before being a refugee and they will have a future after having been a refugee.

A few days ago – to move from a region to another – I was in Senegal, just the day before yesterday. And there for instances we are not just creating jobs for young people. We are also training workers in strategic sectors where the potential for growth is higher, investing in their productivity and their future skills. In this way we are also investing in security in the region and in this way we are also investing in security for Europe.

We launched a new External Investment Plan to accompany private investors in fragile states that will mobilise in this way private investments in fragile areas

all across Africa and the Mediterranean: We will create new opportunities at the same time for our European business, which means to European jobs, and contribute to the stabilisation of our region and our neighbour, Africa.

This is the European way. This is the European way to development: built on a decades-long experience, it's innovative, and it's forward-looking. Investing in others because we understood from our history that it is not charity. It is an investment in our present and own future.

And so is the European way to security. Our knowledge of war and peace is first-hand. Probably we are the continent that has the largest experience on war and peace. It comes straight from the textbook of European integration. We know that sustainable peace requires reconciliation and reconstruction. We know how to use our military might to save lives, train our partners, stabilise a country, and prevent a conflict. We understand that our neighbours' fragility does not make us stronger, but on the contrary makes us more vulnerable. We know from our history that zero-sum games are just very brief illusions; you always lose.

This is something we have learnt through our own mistakes, and also our own successes. Today the European Union has the expertise and the resources to engage diplomatically and with its military missions. We support stability through trade and investments, and we work to prevent crises before they arise.

I said we are indispensable for the power we have, but also for the way we use it and for the causes we serve. We risk today to head towards a world ruled by – what someone has defined – brutal realism, where might simply makes the right. But this can be no foundation for a new global order, just for a chaos and if we are really, really lucky for a controlled chaos, for management of chaos. Is this what we aspire to?

No real stability is possible when the interests of all peoples and of all groups are not taken into account. Repression creates anger, we know that, and injustice fosters discontent. This is what led us to our principled pragmatism. We understand interests, we understand power-politics, we are not naïve, we read complexity – we are the specialists of complexity, being Italian probably I am the specialist number one. But that we know that the protection of human rights, of fundamental freedoms, of pluralism is not just naïve, it is not just values or principles, but is also a core European interest and the dichotomy between principles and values is not of today's world. Investing in our values is the best way for protecting our interests today.

A power that builds on principled pragmatism, to me, is an indispensable

power in today's world. Think of Syria: there is no other way out of the Syrian disaster than having a principled pragmatism today. The war will not end without an agreement among global and regional powers. But no real solution can be built without a true reconciliation, one that takes into account the people of Syria, everyone's legitimate demands, the call for a non-sectarian democracy, a multi-party system, a power-sharing, a real transition in Damascus, the emergency of a humanitarian pause, a cessation of hostilities, the humanitarian aid to be brought in the besieged areas. But also raising our sight from the dust, literally in this sense, the need to work in post-conflict, reconciliation, reconstruction in parallel with a political transition, with the need to include all parts of the Syrian society. It will require a fine balance, for sure not the brutality we have seen so far and we continue to see these days. And the European Union is indispensable in finding such balance. This is the work we have started since a few weeks, trying to do together with the United Nations; trying to define with the regional powers the space for a political transition to start.

Our Union will be more and more indispensable for Syria, but also for the rest of the world and at the same time for our citizens – because our internal security goes together with the stability of our region.

We know that security is one of the top priorities of our citizens. This has changed. We spent 8 to 9 years where only economy counted. Now we have suddenly woken up to the need to protect our security – we have taken it for granted. But we know now that all these global trends, and the fragmentation of power and the insecurity, ultimately impact on real people, on real life. We have set the vision for acting together in the world; now we need to make it real, to turn the vision into action.

I have quoted many tonight. I would rather decide not to quote a famous phrase by former Chancellor Helmut Schmidt: "Whoever has a vision, he should see the doctor." Because I believe vision is something we need in the Europe of today.

Because here comes the difficult part of the job: keeping vision and action strictly bound one to the other. Move to the action using our vision. We use this expression in the Global Strategy on foreign and security policy I presented last summer, and we are now turning this into action, implementation. By the way, it is not that difficult, believe me, to put together 28 interests of the Member States because there is a common interest we all share. If you take the national interest of each and every of the 28 – first of all, given that they define it themselves with whatever coalition they have in government, it is quite easy to see what national

interest is better served through common action. So I do not see that particular challenge too much.

The challenge comes on consistency. You define an interest, you define a policy, you define a vision. To turn this into action, then you need to be consistent, to put the political and economic resources where your interest and vision are. We might have a minor problem of consistency in Europe in these days. But this is the difficult part of the job: to turn the vision into real action and common action.

Once again it is worth looking back to Willy Brandt, and also to the founding fathers – and a few mothers – of our Union. To Robert Schuman, for instance, who had the intuition that peace in Europe would sprawl from something as technical, pragmatic, something as small as the rules for the production of coal and steel.

I often say this to our friends in the Gulf: if the Europeans managed to move out of thousands of years of war based on economic cooperation it is because at a certain moment we woke up and realised that trading and doing business together was much more convenient than fighting each other and killing each other. It is quite common sense. It is an experience that other parts of the world might decide to go into in the coming future.

The pragmatism of that generation – of our European founding fathers and mothers – is of great use, I believe, in a volatile and un-strategic era like the one we live in. This is no time, I'm afraid, for great revolutions – or rather the revolution we need, the revolution of our times is to make things work, so it is very pragmatic; I would imagine that in Germany this works, a set of ideas for a revolution. We need to be humble, creative at the same time and this approach is also driving our work on Europe's security and defence.

Our citizens and our partners – also outside of the European Union – are asking for a stronger Europe on security and defence, a security provider. And we could have launched a theoretical debate or even an ideological debate on, for instance, a European army. It would take months, probably years, and it would for sure lead nowhere. We would have opened a discussion on revising the Treaties, and the result would have been the same: we would have achieved simply nothing – or an interesting debate but nothing concrete.

We decided instead – and I take responsibility for that – to start with the Treaties we have, with the instruments we have and we have not used. We decided to start with something very concrete and make it work and on this then build the next steps. I have worked on a defence package, that is now completed, built

on deliverable actions and a tight calendar for implementation. My team always looks at me a little bit upset when I say this is something we do not need to do next year, this is something we need to do next month. At first they say it is simply impossible, then I say the last month it was possible so we can push forward again.

Europe can be fast when we have a clear objective in mind, so next week I will present to the European Council the package on defence based on a common agreement we have with NATO, we presented just yesterday with the Secretary General of NATO Jens Stoltenberg at the NATO ministerial, to increase cooperation from maritime security to cyber defence.

An industrial and research defence fund and plan that the European Commission is supporting to look at the economy of scale of our industrial basis which might save money, because doing things together as Europeans would be much more convenient than multiplying capabilities all across the continent and look also at the instruments that the Treaties give us in security and defence that we haven't used.

So our proposal is to make our defence spending more effective, through the European Defence Fund and incentives to joint programmes among Member States. We want the European Union that is able to react fast to crises, removing the political, technical and financial obstacles that have prevented the use of some of our instruments, for instances the use of the Battlegroups.

And I have proposed to Member States to explore the possibility of a Permanent Structured Cooperation on defence matters. For instance, they could develop common capabilities, invest in shared projects, or create multinational formations – all instruments that the current Treaties foresee but we have never used, we never even explored them.

Most of these proposals have already been endorsed by the Foreign Affairs Council and will start to be implemented – if the Heads of State and Government agree next week – already next year. We want the results to be visible to our citizens, to be visible in due time which is tomorrow and not the day after tomorrow Europe.

Because Europe has discussed about European defence for decades. Those of you who have the age that allows you to remember this or have studied European integration know that our founding fathers and mothers believed that European integration had to be built on two pillars: the Economic Community and the Defence Community. And the first failure of the Defence Community dates back to 1954. Then we had a second try: the Lisbon Treaty gives us instruments on

security and defence but I believe we were quite distracted by the financial crisis and we forgot, let's say, to explore the possibilities to use them.

So here we are, with concrete steps, we are finally moving towards a European Union of Security and Defence at the service of peace. Because also this is done in the European way. And believe me, the world of today needs a power, a super-power, including a military power, that has peace and conflict prevention in its DNA.

With vision and with realism we are trying to get there. Realism tells us to seek incremental steps. But a long-term vision should suggest not to settle for defence only. And this will be my last point. I apologise I have been a bit long, but the title was a bit broad. If we focus on defence only, we do something good, we do something that is needed in our times, but that might not be enough.

Greater integration of security cannot be a substitute for progress in other fields. I say it very clearly. My impression is that we are moving forward in defence, not because of Brexit or because of Donald Trump, President-elect of the United States. We are moving forward on defence today, even if it was very difficult for decades because today the Heads of State and Government might think that this is the safest way to go on European integration and that the other issues are more complicated, too divisive, no consensus. Good, we have consensus there, we have the possibility to move forward on this, we do that.

But I believe it would be a mistake to move forward on the European integration only on security and defence. I believe that there is no alternative for instance to greater solidarity in dealing with the refugee crisis. The entire European Union woke up a bit late from this, living with the illusion that this could be confined to some countries. And there is no alternative to greater investments for restarting the economic engine of Europe. I will not enter into this because that would be another hour probably, but you know what I mean.

Another famous quote from Willy Brandt – and I close here – says that: “Without realism, foreign policy becomes the field of dreamers. But a realist without imagination is an idiot.” It is a bit blunt, but I believe it gives a sense of where we are.

It is a difficult balance to find indeed. But a Union that delivers can only be a Union with a vision. And the Union we dream is a Union with the vision, with action, that delivers. A Union we can build only together, day by day.

And I am sure, I am one hundred per cent sure, that we will make it.

I thank you very much.

PUBLIKATIONSREIHEN DER BUNDES-
KANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

SCHRIFTENREIHE DER BUNDES-
KANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1

Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2

Politik für Berlin – Willy Brandt 1957–1966
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-
Brandt-Stiftung am 6. Februar 1998 im
Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3

**Egon Bahr: Willy Brandts europäische
Außenpolitik**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4

**Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben
für Freiheit und Sozialismus**
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöne-
berg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5

**Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur
Regierungserklärung Willy Brandts
vom 28. Oktober 1969**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6

**Das Willy Brandt-Bild in Deutschland und
Polen**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7

Perspektiven aus den Exiljahren
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8

**Timothy Garton Ash: Wächst zusammen,
was zusammengehört?**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9

**Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivil-
gesellschaft“**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10

**Remembering Willy Brandt – Egon Bahr,
Henry Kissinger und die deutsch-amerika-
nischen Beziehungen**
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11

Peter Glotz: Willy Brandts Charisma
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12

**Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt –
Anmerkungen zu einem Freund
(dt.-griech.)**
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13

Hans Arnold: Willy Brandt und Europa
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14

**Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demo-
kratie wagen“ (1969) – „Mehr Freiheit
wagen“ (2005). Orientierungen für eine
Gesellschaft im Umbruch?**
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15

**Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken
zu Willy Brandt**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16

Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

Heft 17

**Die Erinnerung an Willy Brandt und ein
Rückblick auf die gemeinsame Zeit.
Gespräch zwischen Helmut Schmidt und
Egon Bahr**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

Heft 18

**Robert B. Zoellick: Deutschland und der
„ferne Horizont“ (Willy Brandt Lecture 2008)**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

Heft 19

**Peter Merseburger: Willy Brandts Ost-
politik und die deutsche Einheit**
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

Heft 20

**Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und
Politik – zunehmend auf Distanz? Zustand
und Zukunft unserer Demokratie nach
60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach
der friedlichen Revolution**
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

Heft 21

**Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und
Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt?**
(Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

Heft 22

**Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine
sicherere Welt (Willy Brandt Lecture 2009)**
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

Heft 23

**Wolfgang Huber: Verschieden und doch
gleich. Integration und Menschenbild**
(Willy Brandt Lecture 2010)
Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

Heft 24

**Geert Mak: „Das erstarrte Europa“ –
Ursachen und Auswege**
(Willy Brandt Lecture 2011)
Berlin 2012, ISBN 978-3-933090-23-2

Heft 25

**Willy Brandt: „Das Überleben sichern“ –
die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht
mit einer Einführung von Dirk Messner**
Berlin 2013, ISBN 978-3-933090-24-9

Heft 26

**Wolfgang Schmidt: Aus historischer
Verantwortung, moralischer Verpflichtung
und politischer Überzeugung. Wie sich
Bundeskanzler Willy Brandt um Israel und
den Frieden im Nahen Osten bemühte**
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-25-6

Heft 27

**Willy Brandt – Stimmen zum
100. Geburtstag**
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-26-3

Heft 28

**Corine Defrance/ Ulrich Pfeil/ Andreas
Wilkins (Hrsg.): Willy Brandt – un projet
pour l'Allemagne**
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-27-0

Heft 29
„... auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie ...“. Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin. Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt
 Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-28-7

Heft 30
Jan Eliasson: Eine Welt in Aufruhr und Wandel: Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten
 (Willy Brandt Lecture 2014)
 Berlin 2015, ISBN 978-3-933090-29-4

Heft 31
Fritz Stern: Freiheit und Exil – Heinrich Heines Welt und die Unsere
 (Willy Brandt Lecture 2015)
 Berlin 2016, ISBN 978-3-933090-30-0

Heft 32
Federica Mogherini: Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten
 (Willy Brandt Lecture 2016)
 Berlin 2017, ISBN 978-3-933090-31-7

Die PDF-Dateien der Hefte können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter willy-brandt.de heruntergeladen werden.

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von **Helga Grebing, Gregor Schöllgen** und **Heinrich August Winkler**

Band 1
Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
 Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2
Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
 Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3
Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966, bearbeitet von **Siegfried Heimann**
 Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4
Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, bearbeitet von **Daniela Münkler**
 Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5
Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992, bearbeitet von **Karsten Rudolph**
 Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6
Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, bearbeitet von **Frank Fischer**
 Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7
Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, bearbeitet von **Wolther von Kieseritzky**
 Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8
Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearbeitet von **Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**
 Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

Band 9
Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982, bearbeitet von **Frank Fischer**
 Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10
Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearbeitet von **Uwe Mai**, **Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**
 Bonn 2009, ISBN 3-8012-0310-7

Die PDF-Dateien der zehn Bände können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de heruntergeladen werden.

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1

Daniel F. Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90

Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2

Robin M. Allers: Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966–1974)

Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

Band 3

Andreas Wilkens (Hrsg.): Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

Band 4

Friedhelm Boll/ Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

Band 5

Bernd Rother (Hrsg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse

Bonn 2011, ISBN 978-3-8012-0414-3

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1

Willy Brandt: Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946, bearbeitet von **Einhart Lorenz**

Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

Band 2

Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, herausgegeben und eingeleitet von **Klaus Schönhoven**

Bonn 2012, ISBN 978-3-8012-0426-6

Band 3

Willy Brandt / Helmut Schmidt: Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), herausgegeben und eingeleitet von **Meik Woyke**

Bonn 2015, ISBN 978-3-8012-0445-7

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

BILDNACHWEIS

Alle Fotos: Jens Jeske

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Mogherini, Federica: Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten: Willy Brandt Lecture 2016

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].

1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2017

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 32)

ISBN 978-3-933090-31-7

„Für einen politischen Visionär wie Willy Brandt war die Europäische Union immer ein Friedensprojekt. Und man musste wirklich ein Visionär sein, um sich 1971 einen umfassenden Frieden in Europa vorstellen zu können.“

Federica Mogherini